



BÖRSENREPORT

Unsicherheit wegen des Handelskonflikts

Börsen fanden keine klare Richtung.

Europas Börsen waren mit tiefen Verlusten in die neue Woche gestartet, erholten sich im Lauf des Tages aber weitgehend und drehten am Nachmittag teilweise sogar ins Plus.

Begründet wurde die anfängliche Abwärtsbewegung mit einer Meldung, wonach China vor der Unterzeichnung eines Teilabkommens im Handelskonflikt mit den USA weitere Gespräche führen wolle. Am Wochenende hatte US-Präsident Donald Trump eine Teileinigung verkündet.

Analyst Milan Cutkovic von AxiTrader verwies zudem darauf, dass die jüngsten Hoffnungen auf eine Brexit-Einigung einer gewissen Ernüchterung gewichen seien. Denn am Wochenende habe die EU den wenig detaillierten Plan des britischen Premierministers Boris Johnson kritisiert.

Von der Konjunktur kamen gemischte Nachrichten: Außenhandelsdaten aus China fielen enttäuschend aus. Daten zur Industrieproduktion in der Eurozone übertrafen dagegen die Erwartungen.

Als die US-Börsen nahezu unverändert starteten, erholten sich auch die europäischen Indizes. Trotz eines Feiertags (Columbus Day) hatten die Börsen geöffnet, doch verlief der Handel ruhig. Auch bei einzelnen Aktien gab es keine großen Ausschläge nach oben oder unten. In Wien zählten Schoeller-Bleckmann und die Voestalpine am Nachmittag zu den Verlierern.

Negativzins für Private rückt näher

Banken. Der Bank-Austria-Eigentümer UniCredit verrechnet Privatkunden ab einer Million Euro negative Zinsen. Auch deutsche Geldhäuser geben die Kosten weiter. Nur Österreich tickt anders.

VON KAMIL KOWALCZE

Wien. Jean Pierre Mustier hat es bereits medial aufbereitet: Vor etwa zwei Wochen forderte der UniCredit-Vorstandsvorsitzende von der Europäischen Zentralbank (EZB), sie solle Europas Banken dazu bewegen, von vermögenden Kunden negative Zinsen zu verlangen.

Nun setzt es der Franzose in seinem Geldhaus um: Als erste italienische Bank wird die UniCredit ihren Privatkunden Negativzinsen verrechnen. Die Maßnahme gilt ab 2020 für Spareinlagen von mehr als einer Million Euro. Ab welchem genauen Betrag welcher Zinssatz gilt, ließ die Bank zunächst offen. Man würde es „ad hoc“ entscheiden, abhängig vom „makroökonomischen Umfeld“, sagte ein UniCredit-Sprecher.

Negativzinsen sind salonfähig

Es ist davon auszugehen, dass dieser „Strafzins“ in etwa dem EZB-Einlagezins entsprechen wird, der aktuell bei minus 0,5 Prozent liegt. So viel kostet es die Banken, ihr überschüssiges Geld bei der EZB zu parken. Mitte September hat die EZB diesen Zins um zehn Basispunkte gesenkt. Da ihn die Notenbank aber gestaffelt haben, ergibt das durchgerechnet sogar eine Entlastung für die Banken. In Österreich erspart sich die Bran-



UniCredit-Chef Jean Pierre Mustier kassiert ab einer Million Euro Strafzinsen. (Akos Burg)

che damit zwischen 60 und 80 Millionen Euro pro Jahr, wie „Die Presse“ exklusiv berichtete.

In Summe sind die Kosten für die Banken der Eurozone durch die negativen Zinsen freilich beträchtlich: Seit deren Einführung im Jahr 2014 mussten sie insgesamt 21,4 Milliarden Euro bezahlen, stellte der Finanzdienstleister Deposit Solutions fest. In Österreich waren es seit 2016 rund 356 Millionen Euro.

So ist es wenig verwunderlich, dass immer mehr Bankmanager nicht nur über Negativzinsen nachdenken und darüber öffentlich sprechen, sondern sie auch

schrittweise umsetzen – und zwar nicht nur bei Firmenkunden, wo es bereits üblich ist, sondern auch bei vermögenden Privatkunden.

In Deutschland passiert das bereits: Etwa zwölf Prozent aller Geldhäuser verrechnen im Privatkundenbereich negative Zinsen, hat die Deutsche Bundesbank im September errechnet. So zieht zum Beispiel die Berliner Sparkasse neuerdings ab 500.000 Euro auf dem Tagesgeld- oder Girokonto negative Zinsen ab. Zuvor lag die Schwelle bei einer Million Euro. Auch bei der größten deutschen Sparkasse, der Hamburger Sparkasse, liegt der Freibetrag auf Ter-

min- und Giroeinlagen bei 500.000 Euro, für alles darüber müssen 0,4 Prozent entrichtet werden.

Noch haben die Negativzinsen die Kleinsparer nicht erreicht, aber Bayerns Ministerpräsident, Markus Söder, hat bereits im Sommer vorsorglich für Aufruhr gesorgt, als er ein gesetzliches Verbot von Strafzinsen für Sparer bis zu 100.000 Euro forderte. Die Banken waren empört, die Sparer verschreckt, angesichts dieses bis dato kaum beachteten Szenarios.

Gerichtsurteil schafft Fakten

Nun könnte man meinen, die Negativzinsen rücken immer näher an Österreich. Nicht nur durch die Nachbarschaft zu Deutschland, sondern auch über den Eigentümer der Bank Austria, die UniCredit – die ihre Entscheidungen bekanntlich zentral trifft und an ihre Töchter weitergibt. Doch hierzu wurde die Diskussion beendet, noch bevor sie richtig angefangen hat: Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat Negativzinsen auf Spareinlagen im Privatkundengeschäft verboten. Die Bank Austria bestätigt auf Anfrage: „Es ist in Österreich nicht geplant, Negativzinsen für Privatkunden einzuführen.“ Also werden österreichische Banken zu anderen Maßnahmen greifen müssen, um die Kosten der Negativzinsen zu kompensieren.

Daimler ruft Autos zurück

Grund ist unzulässige Abgastechnik in Dieselmotoren.

Frankfurt. Die Daimler-Aktie lag am Montagnachmittag im Minus. Der Autobauer muss nach einem Bescheid des Kraftfahrt-Bundesamts (KBA) wegen unzulässiger Abgastechnik in Dieselmotoren Hunderttausende Fahrzeuge zurückrufen. Darunter seien – wie bekannt – 260.000 Fahrzeuge des Vorgängermodells des aktuellen Sprinters, teilte die Daimler AG mit.

Daimler will gegen die Anordnung Widerspruch einlegen. Unabhängig davon werde man weiterhin „vollumfänglich“ mit der Behörde kooperieren. Die Produktion der Fahrzeuge sei spätestens im Juni 2016 ausgelaufen. (Dow Jones)

Softbank hilft Wework

Finanzspritze. Börsengang von Wework war geplatzt.

Minato/New York. Nach dem geplatzten Börsengang von Wework will der japanische Technologie-Investor Softbank einem Insider zufolge seinen Anteil an dem unter Druck geratenen US-Bürovermieter ausbauen. Demnach schnüre der Investor, der bereits ein Drittel an Wework hält, ein Finanzierungspaket, sagte ein Insider zur Nachrichtenagentur Reuters.

Ohne frisches Kapital könnte es für Wework Ende des Jahres eng werden. Die hoch fliegenden Börsenpläne von Wework waren Anfang des Monats gescheitert. Mögliche Investoren stürten sich unter anderem an den hohen Verlusten und der Rolle des Gründers und ehemaligen Firmenchefs Adam Neumann, der nach massiver Kritik seinen Hut nehmen musste.

Während Wework bei der letzten Finanzierungsrunde im Jänner noch mit 47 Mrd. Dollar bewertet worden war, war zuletzt nur noch von einer Bewertung von zehn bis zwölf Mrd. Dollar die Rede – weniger als die 12,8 Mrd. an Eigenkapital, die Wework laut dem Datenanbieter Crunchbase seit seiner Gründung vor neun Jahren bei Investoren eingesammelt hat. Daraufhin sagte Wework den Börsengang ab.

Das bringt das Unternehmen in die Bredouille: Der Bürovermieter, der 2018 einen Verlust von 1,9 Mrd. Dollar verbuchte, wollte mindestens drei Mrd. Dollar durch den Gang an den Aktienmarkt einnehmen und sich weitere sechs Mrd. Dollar als Kredit sichern, die an den Erfolg eines Börsengangs gekoppelt waren. (Reuters)

Sophos wird verkauft

Der Wert der Aktie schoss um ein Drittel in die Höhe.

London. Die britische Cybersecurity-Gruppe Sophos willigt in eine Übernahme durch Surf Buyer ein. In der Transaktion wird Sophos mit 3,82 Mrd. Dollar bewertet. Der Käufer, Surf Buyer, gehört Fonds, die durch den US-Private-Equity-Investor Thomas Bravo verwaltet werden. Bei der Transaktion soll jeder Aktionär der Sophos Group je Aktie 7,40 Dollar oder 583 Pence erhalten, wie beide Unternehmen mitteilten.

Dies wäre eine Prämie von 37 Prozent auf den Sophos-Schlusskurs vom Freitag. Dementsprechend stieg die Aktie am Montag zeitweise um mehr als ein Drittel. (Dow Jones)

FINANZEN

Die beste Wirtschaft des Landes
Börsennotierungen
Branchenschwerpunkte
Anlegertipps, Charts und Analysen

DiePresse.com/finanzen